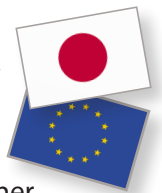


EU beweist Handlungsstärke – Parlament bestätigt neues Handelsabkommen mit Japan

„Ein Meilenstein in der europäischen Wirtschaftsgeschichte“



Das Handelsabkommen JEFTA, das den europäischen Unternehmen Exporte nach Japan erleichtern wird, kann unterzeichnet werden.

Wir haben dem Vertrag, den zuvor schon die Mitgliedstaaten gebilligt haben, vergangene Woche in Straßburg grünes Licht erteilt. Und nicht nur dem Handelsabkommen: Auch dem Strategischen Partnerschaftsabkommen haben wir unseren „Segen“ gegeben. Dieses soll vor allem die Zusammenarbeit der EU und Japan in den Bereichen Sicherheit und Umwelt stärken.

Das Handelsabkommen mit Japan ist in meinen Augen ein Meilenstein in der europäischen Wirtschaftsgeschichte! Nicht nur, dass die EU mit JEFTA das größte bilaterale Handelsabkommen aller Zeiten abgeschlossen hat. Erstmals enthält ein solcher Vertrag auch ein offizielles Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzübereinkommen sowie zu weiteren zentralen Aspekten der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere zum Umwelt- und Arbeitsschutz. Das Abkommen umfasst zusammen mehr als 600 Millionen Verbraucher und beinahe 40 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Es hebt letztendlich die Zölle

auf fast den gesamten Warenhandel zwischen den beiden Vertragspartnern auf. In einer Welt, in der Unilateralismus und Abschottung wieder zu Mitteln der Politik werden, ist das EU-Japan-Abkommen zudem ein Zeichen gegen Donald Trumps „America first“-Politik und sein Interesse, Europa zu schwächen.

Allein durch die Abschaffung der Zölle dürften EU-Exporteure jährlich rund eine Milliarde Euro einsparen. Darüber hinaus wird Japan den besonderen Status von mehr als 200 europäischen Agrarerzeugnissen aus bestimmten Regionen („geschützte geographische Angabe“) anerkennen.

Das Abkommen hält natürlich die hohen Standards der EU in den Bereichen Umweltschutz,



Internationaler Handel sichert über 36 Millionen Arbeitsplätze

Die Exporte der EU sichern die Einkommensgrundlage einer immer größer werdenden Zahl von Menschen überall in Europa. Dies beweisen zwei neue Studien, die die EU-Kommission jetzt veröffentlicht hat. Demnach sichern die Ausfuhren der EU mittlerweile 36 Millionen Arbeitsplätze in ganz Europa, das ist eine Steigerung um zwei Drittel seit dem Jahr 2000. Fast 40 Prozent dieser Arbeitsplätze entfallen auf Frauen. In Deutschland hängen 18 Prozent der Jobs vom Export in Nicht-EU-Länder ab. Seit Beginn der Amtszeit der aktuellen EU-Kommission im Jahr 2014 hat die Zahl der Arbeitsplätze, die durch die Exportwirtschaft gesichert werden, um 3,5 Millionen zugenommen. Diese Stellen sind durchschnittlich um zwölf Prozent besser bezahlt als Arbeitsplätze in der übrigen Wirtschaft. Der größte Beschäftigungszuwachs seit 2000 war in Bulgarien (+312 Prozent), der Slowakei (+213), Portugal (+172), Litauen (+153) und Irland (+147 Prozent) zu beobachten. Umgekehrt sichern die Ausfuhren der EU in Drittländer weltweit knapp 20 Millionen Arbeitsplätze außerhalb der EU. Die Zahl dieser Arbeitsplätze hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt.

Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Arbeitnehmerrechte aufrecht. Und – für mich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber von gewissen Nichtregierungsorganisationen immer wieder bewusst falsch dargestellt – es schützt öffentliche Dienstleistungen und respektiert das Recht auf Regulierung! Beide Abkommen sind meiner Meinung nach absolut gelungen und können als Blaupause für die mögliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern genutzt werden.

Aus dem Europäischen Parlament

Theresa May spielt auf Zeit – Unterzeichnung des britischen Austrittsabkommens verzögert sich weiter

„Ich bin überzeugt: Ein Exit vom Brexit wäre das kleinere Übel“

Nach dem überstandenen Misstrauensvotum als Parteichefin drängte die britische Regierungschefin Theresa May vergangene Woche beim EU-Gipfel in Brüssel auf ein zusätzliches Bekenntnis der EU-27 zu einem künftigen Handelsabkommen mit Großbritannien.

Wir alle sind uns aber einig: Eine Nachverhandlung des britischen EU-Austrittsabkommens wird es nicht geben. Wenn Sie mich fragen, wächst die Wahrscheinlichkeit eines „Exit vom Brexit“, also eines Rücktritts vom Brexit, von Tag zu Tag. Hunderttausende Menschen demonstrieren allein in London immer wieder aufs Neue und verlangen ein zweites Referendum. Ich kann die britischen „Remainer“ nur ermutigen, jetzt nicht lockerzulassen! Eine erneute Abstimmung, ob das Volk in der EU bleiben will oder nicht, hätte jetzt, nachdem viele Menschen den Betrug erkannt haben, sicher einen anderen Ausgang als

vor zweieinhalb Jahren. Ich bin überzeugt: Nach allen Problemen, die uns der Brexit bereits beschert hat, wäre ein „Exit vom Brexit“ das kleinere Übel. Noch immer sind die negativen Auswirkungen des Brexits unüberschaubar – und das für beide Seiten!

Nach jetzigem Stand wird Großbritannien die EU zum 31. März 2019 verlassen. Das Austrittsabkommen sichert die Rechte der EU-Bürger in Großbritannien und umgekehrt, und sorgt dafür, dass Großbritannien seine finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der EU erfüllt. Um eine neue Grenze zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden, soll Nordirland im EU-Binnenmarkt sowie Großbritannien als Ganzes solange in der Zollunion verbleiben, bis ein künftiges Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien ausgehandelt und in Kraft ist. Ob Theresa May schon weiß, dass Schottland ernsthaft mit dem Gedanken spielt, das Vereinigte Königreich zu verlassen, um in der EU zu bleiben?

EU-Parlament bringt neue Regeln für die EU-weite Vergabe von Visa auf den Weg

„Unsere Forderung: Visavergabe nur an kooperative Staaten!“

Wir Abgeordneten haben vergangene Woche eine Reform des EU-Visakodex beschlossen. Dabei handelt es sich um eine Verordnung, die das Visumverfahren für Drittstaatsangehörige regelt, die in den Schengen-Raum einreisen und sich dort bis zu drei Monate aufhalten möchten. Künftig soll die Ausstellung eines vorläufigen Visums auch davon abhängen, wie kooperativ sich der Heimatstaat bei der Rücknahme abgeschobener Landsleute zeigt. Drittstaaten, die sich weigern, illegal in die EU eingereiste Staatsangehörige wieder aufzunehmen, werden das bei der Visavergabe für den Schengenraum zu spüren bekommen, etwa durch längere Bearbeitungszeiten und umfangreichere Prüfungen. Nun gilt es, dieses

Prinzip in Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten möglichst zeitnah rechtsgültig zu verankern.

Touristen, Geschäftsleute, Sportler und Studenten werden hingegen künftig einfacher in die EU einreisen können. Deshalb ist es wichtig, dass wir harmonisierte Mehrfachvisa-Regeln für Personen bekommen, die etwa aus geschäftlichen Gründen regelmäßig auf unseren Kontinent reisen. Auch der Antragsprozess soll künftig beschleunigt werden. Nichtsdestotrotz gibt es in puncto Sicherheit noch Nachbesserungsbedarf. Das Abstimmungsverhalten der linken Parteien, die im Zeitalter des globalen Terrorismus Sicherheitsrisiken bei der Visavergabe komplett ausblenden wollen, ist höchst bedenklich!

Besserer EU-Katastrophenschutz: Das EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union haben sich auf eine Stärkung des Europäischen Katastrophenschutzverfahrens „RescEU“ geeinigt. Dieses sieht eine gemeinsame Reserve von Kapazitäten vor, um bei Waldbränden und anderen Katastrophen grenzüberschreitende Hilfe noch besser mobilisieren zu können. Der Text muss nun noch förmlich vom EU-Parlament und vom Rat angenommen werden.

Aus dem Europäischen Parlament

UN-Migrationspakt wurde angenommen

„Meine Begeisterung für den Pakt hält sich in Grenzen“

Die Annahme des „Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ wird als Meilenstein bei den Bemühungen, illegale Migration zu bekämpfen und legale Migration zu steuern, beworben. Meine Begeisterung für den Pakt hält sich allerdings in Grenzen.

Ich hätte mir Nachbesserungen in zahlreichen Punkten gewünscht. So enthält der Pakt zwar viel Wichtiges und Richtiges, aber er ist in meinen Augen zu einseitig ausgerichtet. Das Dokument singt ein uneingeschränktes Loblied auf legale Migration (die angeblich ein Segen für die Menschheit ist, Wohlstand schafft und uneingeschränkt gefördert werden sollte), löst aber kein einziges unserer Probleme mit der illegalen Massenzuwanderung!

Die Vereinbarung, die die Staatengemeinschaft vergangene Woche in Marrakesch beschlossen hat und die im Januar noch förmlich von der UN-Generalversammlung gebilligt werden muss, ist zwar rechtlich nicht bindend. Als politisches Druckmittel auf die Zielländer von Migration ist sie aber bestens geeignet. Ich habe keinen Zweifel: Der Pakt wird die internationale Gerichtsbarkeit beeinflussen und damit auch die Handlungsspielräume der Politik beschränken!

Von den Staaten verlangt der Pakt, dass sie sich zu den 23 ausgehandelten Zielen – wie der Bekämpfung von Migra-

tionsursachen und der Schleuserkriminalität – verpflichten. Von irgendwelchen Pflichten der Migranten aber weit und breit keine Spur: Die Flüchtenden haben ausschließlich Rechte. Die Vereinbarung geht sogar so weit, dass sie von den Aufnahmeländern verlangt, sich mit den Gebräuchen der Einwanderer vertraut zu machen, diese zu respektieren und zu akzeptieren. Ziel ist die gelebte kulturelle Vielfalt, nicht die Anpassung der Einwanderer an die Gepflogenheiten des Gastlandes.

Wenn ich mir vorstelle, dass es demnächst zu unserem Alltagsbild gehören soll, dass Männer Frauen nicht die Hand geben oder ihnen nicht ins Gesicht schauen, weil sie „unrein“ sind, ist bei mir die Grenze der Toleranz erreicht! Unsere Frauen und weite Teile der Gesellschaft haben jahrhundertlang unter vielen Opfern für Gleichberechtigung und Freiheit gekämpft, diesen Schritt sollten wir nicht wieder zurückgehen – und auch nicht die schleichende Einführung einer derartigen „Kultur“ in unsere Gesellschaft akzeptieren! Ganz im Gegenteil: Die echte gleichberechtigte Teilhabe von Frauen haben wir ja noch gar nicht erreicht. Schauen wir uns nur die Mandatsverteilung in den Gemeinderäten oder Kreistagen an. Da liegen noch ein gutes Stück Arbeit und strukturelle Reformen vor uns, bis wir von Gleichberechtigung reden können. Um es kurz zu machen: Nach vorne, ja! Zurück ins Mittelalter, niemals!

Europäischer Gerichtshof hat Urteil zum Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) gesprochen

„Die Kritiker haben die Botschaft hoffentlich verstanden!“

Das Anleihekaufprogramm der EZB ist rechtens. Die Richter des Europäischen Gerichts urteilten, dass die EZB mit den Ankäufen von Staatsanleihen nicht gegen ihr Mandat und das Verbot der Staatsfinanzierung verstößt. Seit 2015 hat die EZB Wertpapiere von rund 2,6 Billionen Euro erworben. Ziel war es, die Zinsen zu drücken, um damit Geld leichter verfügbar zu machen und dadurch Wirtschaft und Inflation anzukurbeln. Ende dieses Jahres soll das Programm auslaufen, weil das Ziel nahezu erreicht ist.

Selbsternannte Währungshüter wie der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn haben immer wieder angezwei-

felt, dass die Euro-Rettungsprogramme der EZB demokratisch legitimiert sind. Sie alle haben jetzt hoffentlich die klare Botschaft der Luxemburger Richter verstanden! Zugegeben, die Niedrigzinspolitik der EZB bringt den deutschen Sparern nur Nachteile. EU-Ländern mit hoher Verschuldung – zu denen im Übrigen auch Deutschland gehört – verschafft sie aber einen Riesen-Vorteil: Allein der deutsche Staat spart seit 2008 durch die niedrigen Zinsen rund 30 Milliarden Euro im Jahr, von den vielen Unternehmen und Privatleuten, die vom günstigen Kreditmarkt profitieren, mal ganz zu schweigen!

Adventsfeier der Senioren-Union

Stimmungsvolle Atmosphäre im Weimarer Sophienstift

Die Senioren-Union Weimar stimmte sich mit ihrer Adventsfeier auf die schönste Zeit des Jahres ein.

Ein Fest mit Tradition: Wie jedes Jahr am Montag nach dem ersten Advent feierte die Senioren-Union auch diesmal wieder im Saal der Sophienhausstiftung ihr Weihnachtsfest. Da ich zu dieser Zeit noch vollauf in Brüssel eingespannt bin, hat mich meine Assistentin Monika Eickstädt (Foto) vertreten und in meinem Namen den etwa 40 Gästen ein kleines Geschenk übergeben.

Ich freue mich, dass die Teilnehmer durch die gute und stimmungsvolle Atmosphäre ein paar schöne Stunden verbracht haben! Der Nachmittag begann mit einer Andacht durch die Oberin des Sophienhauses, die daran erinnerte, dass alle Menschen gerade in der Adventszeit viel zu verschenken haben, besonders Zeit für den Nächsten. Ehrengäste der Veranstaltung waren die Bundestagsab-



geordnete Antje Tillmann, Jörg Geibert (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion) und die Seniorenbeauftragte der Stadt Weimar, Ute Böhnki.

Mein Tipp für Thüringer Landwirte: EU-Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse EU übernimmt 70 oder 80 Prozent der Kosten

Die Europäische Union beteiligt sich an der Finanzierung von Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen, um die Verbraucher über landwirtschaftliche Erzeugnisse zu unterrichten.

Mit diesen Kampagnen sollen die Verbraucher über landwirtschaftliche Erzeugnisse und die zu ihrer Produktion angewandten Methoden informiert werden, insbesondere über Aspekte der Qualität, Ernährung und Sicherheit der Lebensmittel und Produktionsmethoden. Die betreffenden Maßnahmen, die auch darauf abzielen, neue Absatzmärkte zu erschließen und private oder nationale Initiativen zu verstärken, werden von Branchen- oder

Dachverbänden vorgeschlagen. Die EU übernimmt 70 beziehungsweise 80 Prozent der Kosten, den Rest tragen die Wirtschaftsbeteiligten.

Ziel der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landwirtschaftssektors der Union. Dies soll unter anderem durch die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der aus der EU stammenden Agrarerzeugnisse und der hohen Standards, denen die Produktionsmethoden in der Union unterliegen, erreicht werden. Für das Haushaltsjahr 2018 standen Gelder in Höhe von 188,5 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 2019 sind jährlich 200 Millionen Euro vorgesehen. Erfahren Sie mehr unter: <https://bit.ly/2C2I3Lv>

Fachkräftesicherung durch Menschen mit Behinderung: Menschen mit Behinderung können einen wertvollen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt will die Betriebe dabei unterstützen, diese Potenziale zu nutzen. Doch gerade in kleinen und mittleren Unternehmen kommen hierzu viele Fragen auf. Die IHK hat deshalb einen Überblick über die gesetzlichen Rahmenbedingungen, mögliche Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten und wichtige Ansprechpartner zusammengestellt: <https://bit.ly/2SBTxuP>

Service und Termine

★ Neuer Erasmus+ Kurzleitfaden

Alles, was Schulen und vorschulische Einrichtungen wissen müssen, um 2019 von Erasmus+ zu profitieren, hat der Pädagogische Austauschdienst im „Kurzleitfaden für Schulen und vorschulische Einrichtungen“ auf 20 Seiten zusammengefasst. Hier geht's zum Download:

www.kmk-pad.org/Kurzleitfaden2019

★ Deutsche Film-Produzenten sahnen ab

Ein Antrag auf Einzelprojektförderung aus dem EU-Förderprogramm „Creative Europe MEDIA“ lohnt sich für deutsche Produktionsfirmen: In der letzten Förderrunde war von 22 Förderanträgen aus Deutschland fast jeder zweite erfolgreich. Zehn Produzentinnen und Produzenten entwickeln ihre Projekte – zwei Animationsfilme, ein Dokumentarfilm und sieben Spielfilme – künftig mit Hilfe von EU-Geldern. Europaweit wird die Entwicklung von 75 Projekten gefördert, darunter sind 68 europäische und internationale Koproduktionen. Eine Übersicht der EU-Fördermöglichkeiten für Filmproduzenten und -verleiher finden Sie hier: www.creative-europe-desk.de/foerderung.php

★ „AusbildungWeltweit“ geht in die nächste Runde

Im Förderprogramm „AusbildungWeltweit“ steht die neue Antragsrunde kurz bevor. Mit dem Programm fördert das Bundesbildungsministerium weltweite praxisorientierte Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung. Das Antragsportal zur Einreichung von Anträgen wird im Januar freigeschaltet. Sie können aber bereits jetzt die Unterlagen vorbereiten. Tipps und notwendige Dokumente finden Sie hier: <https://bit.ly/2B9pinM>

★ Erklärvideo Erasmus+ Strategische Partnerschaften

Wie ist das Programm Erasmus+ strukturiert? Was genau sind Strategische Partnerschaften in der Erwachsenenbildung und wie sind diese aufgebaut? Ein neues Erklärvideo des Bundesinstituts für Berufsbildung gibt eine Antwort

auf diese Fragen und vermittelt Ihnen das grundlegende Wissen rund um diese Projektform: <https://bit.ly/2QQwglB>

★ „Europa macht Schule“-Jahresbericht erschienen

„Völkerverständigung geht durch den Magen!“ und „Ein Tag in der Haut eines Franzosen“ sind nur zwei Titel der spannenden Projekte, die im „Europa macht Schule“-Jahresbericht 2017/18 Erwähnung finden. Erfahren Sie, an welchen Standorten im vergangenen Programmjahr Europa ins Klassenzimmer gebracht wurde, wie viele europäische Gaststudierende und deutsche Schulen teilgenommen haben und woher die Gaststudierenden genau kamen: <https://bit.ly/2zUnBlj>

★ Ralf-Dahrendorf-Preis für europäische Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung vergibt 2019 erstmals den Ralf-Dahrendorf-Preis an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für herausragende Forschungsleistung in europäischen Projekten. Insgesamt sechs Preisträger können mit 50.000 Euro prämiert werden. Mit der Verleihung des Preises ist die Aufgabe verbunden, Wissenschaft aktiv in die Gesellschaft zu tragen. Bewerbungsschluss ist der 12. Februar. Erfahren Sie mehr unter: <https://bit.ly/2EnVylc>

★ Auslandsfreiwilligendienst

Der Friedenskreis Halle entsendet freiwillig Engagierte jedes Jahr zur Arbeit bei einer sozialen oder gesellschaftspolitischen Organisation nach Südosteuropa, die Ukraine, Spanien oder Ruanda. Die Freiwilligendienste sind als Vollzeitdienste angelegt und richten sich an junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren. Die Kosten für den Lebensunterhalt werden übernommen. Der Freiwilligendienst wird von mehreren Seminaren begleitet. Die Ausreise erfolgt im Sommer. Die Bewerbung sollte einige Monate vorher eingereicht werden. Die erforderlichen Unterlagen sowie weitere Infos finden Sie hier: <https://bit.ly/2Ee4D59>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU